

Presseberichte zum Kreishaushalt 2013

Petra Lowe / 07.03.13 / OTZ

Enges Finanz-Korsett für die Landrätin des Altenburger Landes

CDU, SPD und FDP setzen sich mit ihren Kürzungsvorschlägen durch. Die Kreisumlage steigt um 846 000 Euro. Dafür sind Ausgaben in über 200 Positionen gekürzt und sieben Ausbildungsstellen gestrichen. Nun muss ein Personalkonzept her.

Altenburg. Dass der Haushalt mit 30 Ja-Stimmen und 15 Mal Nein Mittwochabend durchging, war nicht Verdienst der Landrätin [Michaele Sojka](#) (Linke). Hätte es keine Einarbeitung der harten Sparvorschläge von CDU, SPD und FDP-Fraktion gegeben, wäre der Entwurf durchgefallen. Nur die Linken und die Regionalen wollten von der geänderten Fassung nichts wissen, wengleich aus unterschiedlichen Gründen.

Während die Regionalen eine Nichtzustimmung zum Haushalt als eindeutiges Signal an die Landesregierung wegen der Kürzungsfreude auf Kosten der Kommunen verstanden wissen wollten, sprangen die Linken Sojka zur Seite und wandten sich vor allem gegen die Streichung der Ausbildungsplätze.

Es war eine zweistündige, zum Teil heftige Debatte vor allem um das Personalkonzept und die Kürzungen bei der Ausstattung der Verwaltung. Und sie gipfelte in der Androhung einer gerichtlichen Anfechtung wegen Rechenfehler im Kürzungskonzept. Nach einer kurzen Pause aber erledigte sich dies, der, wie es hieß, rund 1600 Euro hohe Rechenfehler war behoben und in die Unterlagen eingepflegt. Warum dies nicht vor der Sitzung geschah, fällt in den Bereich der Spekulation. Die Kürzungsvorschläge seien erst kurzfristig am Dienstag verkündet worden, kritisierte Sojka. Dass dem viele Runden der Spardiskussion in Ausschüssen und mit der Verwaltung vorangegangen waren, hielt Altenburgs Oberbürgermeister [Michael Wolf](#) (SPD) anhand einer Legende der Ereignisse schrittweiser Kürzungen entgegen. Am Ende habe man insgesamt über 200 Positionen im Haushaltsentwurf verändert. Aus der ursprünglich geplanten 2,1 Millionen Euro höheren Kreisumlage zu 2012 sind 846 924 Euro geworden. Damit sinkt diese Einnahmequelle des Landkreises von einst geplanten 28,2 Millionen Euro auf 26,9 Millionen Euro. Der Verwaltungshaushalt hat ein Volumen von 102,7 Millionen Euro. Im Vermögen bleiben noch 12,2 Millionen Euro. Das sei angemessen, vernünftig und teile die Lasten, verwies Wolf auf die Situation der Kommunen, die finanziell an den Rand gedrängt seien.

Auf die Kritik, die drei Fraktionschefs hätten mit dem Rasenmäher den Haushalt durchforstet, sagte SPD-Fraktionschef [Dirk Schwerd](#), dass mit der Verwaltung vielfach beraten, die Vorschläge letztlich aber nicht alle eingearbeitet wurden. Es mache keinen Spaß zu sparen, reagierte denn auch CDU-Fraktionschef Jürgen Ronneburger. Dennoch sei die Verwaltung arbeitsfähig. Man müsse als Kommune leben, aber auch den Landkreis leben lassen, so Ronneburger. Für Linken-Fraktionschef [Frank Tempel](#) war die Schmerzgrenze des Sparens allerdings überschritten. Ausbildungsstopp und Kürzungen bei der Computerausstattung würden Arbeit und Zukunft der Verwaltung gefährden, sagte er.

Knackpunkt blieb das Personalkonzept. Schon vor der Sitzung hatte es Kritik gegen den Ausbildungsstopp aus Gewerkschaftskreisen gehagelt. Und auch bei den Regionalen war das auf Widerstand gestoßen. Es sei eine bittere Pille, die geschluckt werden musste, hielt FDP-Fraktionschef Daniel Scheidel entgegen. Doch je besser die finanzielle Situation werde, umso schneller könne wieder ausgebildet werden, meinte er. Für [Uwe Melzer](#) (CDU) ist der Stopp der sieben Ausbildungsplätze zeitlich befristet und in einem halben Jahr vielleicht ad acta gelegt. Was Melzer umtrieb, war die gesamte Personalsituation im Landratsamt. Es gebe mit 335 vollen Stellen laut kommunalem Arbeitgeberverband einen Überhang. Da müsse Klärung her, sagte Melzer. Die ist bis Ende September von der Landrätin gefordert. Allerdings soll dies intern analysiert werden und nicht ein externer

Presseberichte zum Kreishaushalt 2013

Berater bezahlt werden. Auch neue Stellen dürfen vorerst nur intern besetzt werden keine Neueinstellungen. Ein enges Korsett für die Landrätin, die sich gegen diese Forderung wehrte und sie als Misstrauen wertete.

OVZ-Online 06.03.2013 Jens Rosenkranz

CDU, SPD und FDP warten mit neuen Sparvorschlägen auf

Antrag sieht Kreisumlage unter 27 Millionen Euro und Ausbildungsstopp im Landratsamt vor

Altenburg. Mit einem gemeinsamen Beschlussantrag wollen CDU, SPD und FDP heute in der Haushaltsberatung des Kreistages weitere Einsparungen durchsetzen. Wichtigstes Ziel ist die Senkung der von den Städten und Gemeinden aufzubringenden Kreisumlage auf unter 27 Millionen Euro. Landrätin Michaele Sojka hat umgehend vor den Folgen dieser Kürzungen gewarnt.

Der Antrag wurde gestern auf einer Pressekonferenz von Altenburgs Oberbürgermeister Michael Wolf (50), der für die SPD im Kreistag sitzt, den Fraktionsspitzen der CDU, Uwe Melzer (52) und Jürgen Ronneburger (57), sowie FDP-Fraktionschef Daniel Scheidel (53) erläutert. Er beinhaltet Einspar-Vorschläge auf 64 Positionen. Sie waren bereits bei Haushaltsklausuren in den vergangenen Monaten vorgelegt, aber von der Kreisverwaltung stets abgelehnt worden.

Mit den Kürzungen sollen sich die Ausgaben in diesem Jahr um weitere 660 000 Euro reduzieren. Davon würden allein die Kommunen in Form einer geringeren Kreisumlage profitieren. Trotz der Sparvorschläge liegt die Umlage immer noch 847 000 Euro über der von 2012, jedoch weit unter der Zahl, die im ersten Etat-Entwurf im Oktober im Gespräch war.

Die Einsparungen würden immer noch den Bedürfnissen der Kreisverwaltung Rechnung tragen, aber auch den Kommunen den nötigen Spielraum lassen, würdigte Michael Wolf die gemeinsame Vorlage. Allerdings waren sich die Vertreter der drei Parteien gestern auch der Brisanz bewusst, die einige Vorschläge mit sich bringen. So soll das Landratsamt in diesem Jahr keine neuen Lehrlinge mehr ausbilden, wodurch 46 600 Euro eingespart werden. "Es steht einem der größten Arbeitgeber nicht gut zu Gesicht, wenn er nicht mehr ausbildet", räumte Daniel Scheidel ein. Gemeinsam mit seinen Kreistagskollegen wies er jedoch auf den Personalüberhang im Landratsamt hin und auf die Tatsache, dass den Azubis nach dem Ende ihrer Ausbildung eine einjährige Weiterbeschäftigung in der Behörde zusteht. Angesichts von nötigem Personalabbau und drohenden Kündigungen müsse man aber handeln. Einen Weg aus der Misere zeigte der Oberbürgermeister, der auf das schon seit Jahren geforderte Personalentwicklungskonzept hinwies. "Wenn diese Strategie vorliegt, gibt es wieder grünes Licht für die Ausbildung", kündigte Wolf an. Durch das Konzept erhoffen sich die drei Parteien Aufschluss über den tatsächlichen Bedarf an Mitarbeitern in den nächsten Jahren, vor allem angesichts sinkender Einwohnerzahlen. Mit den ständig steigenden Personalkosten darf es nicht endlos weitergehen, warnte Wolf. "Wir fahren mit einem Zug auf eine Wand zu und sollten langsam anfangen zu bremsen." Weitere Streichungen betreffen ein Haushaltsoptimierungsgesetz, das an eine Fremdfirma vergeben werden sollte, nun aber - sofern der Kreistag heute Abend zustimmt - vom Landratsamt selbst erledigt werden muss. Den Rotstift wollen CDU, SPD und FDP auch bei der Anschaffung neuer Computertechnik ansetzen, wofür demnach 50 000 Euro weniger zur Verfügung stehen. Außerdem sollen einige wenige geplante Investitionen gekürzt oder verschoben werden. Da CDU, SPD und FDP gemeinsam über eine

Presseberichte zum Kreishaushalt 2013

komfortable Mehrheit verfügen, gilt die Annahme des Änderungsantrages auf der heutigen Sitzung allerdings als sicher.

Landrätin Michaela Sojka (49, Linke) hat die Vorschläge - insbesondere den Ausbildungs- und vorläufigen Einstellungsstopp - umgehend als grenzwertig, fahrlässig und als Einschränkung der Arbeit der Verwaltung kritisiert. Die Azubis würden genau auf den zu erwartenden Bedarf ausgebildet, um ausscheidende Mitarbeiter zu ersetzen, sagte sie der OVZ. Die Streichungen im IT-Bereich und bei der externen Haushaltsoptimierung bedeuten die Verhinderung weiterer Effizienzsteigerungen und den Verzicht auf Einsparungen in Millionen-Höhe. Die Konsequenzen müsse der Kreistag verantworten, sagte Sojka.

OVZ-Online 07.03.2013 Jens Rosenkranz

CDU, SPD und FDP setzen Kürzungen und Haushalt durch

Landrätin kündigt wegen Rechenfehlern Einspruch gegen geänderten Kreis-Etat an

Altenburg. Mit ihrer Mehrheit haben CDU, SPD und FDP gestern im Kreistag ihre angekündigten, aber umstrittenen Kürzungspläne und danach auch den Etat des Kreises für dieses Jahr gegen die Stimmen der Linken und der Regionalen durchgesetzt. Landrätin Michaela Sojka (49, Linke) kündigte an, den Haushalt anzufechten, weil er durch die Änderungen nun rechnerisch falsch sei.

Der Abstimmung war eine heftige und fast zwei Stunden währende Debatte vorausgegangen, in der die konkurrierenden Lager ihre Positionen verteidigten. So wiesen Redner von CDU, SPD und FDP darauf hin, dass trotz der erneuten Kürzungen der Ausgaben die Kreisverwaltung weiter arbeitsfähig bleibt, was nun auch für Städte und Gemeinden gilt. Der umstrittene Ausbildungsstopp im Landratsamt soll nur befristet und möglicherweise nur ein halbes Jahr gelten, kündigte SPD-Kreistagsfraktionschef Dirk Schwerd an. Die Landrätin habe es in der Hand, durch die Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes die Ausbildung von Azubis im Landratsamt wieder fortzusetzen, sagte er.

Linken-Fraktionschef Frank Tempel sah mit den Vorschlägen von CDU, SPD und FDP dagegen die Schmerzgrenze für den Kreis überschritten. Gestaltung und Entwicklung spielten für die drei Parteien keine Rolle mehr. Durch die ebenso beschlossenen Kürzungen der Mittel für neue Computertechnik sah Tempel die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung erheblich gefährdet.

Durch die in letzter Minute eingebrachten Kürzungen muss die von den Städten und Gemeinden zu zahlende Kreisumlage nicht mehr in dem vorgesehenen Umfang steigen. Sie liegt aber immer noch bei rund 26,9 Millionen Euro und damit 847 000 Euro über dem Betrag des Vorjahres. Der Haushalt selbst hat ein Volumen von rund 115 Millionen Euro. Die Landrätin hatte unmittelbar vor der Abstimmung vor einem Beschluss des geänderten Haushaltes gewarnt, da er nun Rechenfehler enthalte und damit juristisch anfechtbar sei. Auch die von CDU, SPD und FDP durchgesetzte vorläufige Beibehaltung der alten Rundfunkgebühren bezeichnete Sojka als rechtswidrig.

Presseberichte zum Kreishaushalt 2013

OVZ-Online 08.03.2013 Jens Rosenkranz

Abakus statt neuer Computer?

Kreistags-Impressionen der besonderen Art

CDU, SPD und FDP ernten für Etat-Kürzungen neben Kritik auch Spott und Hohn

Altenburg (jr). Ein Abakus ist ein mehr als 3000 Jahre altes einfaches mechanisches Rechenhilfsmittel. Es enthält meist Kugeln oder Steine, die auf Stäben aufgefädelt oder in Rillen oder Schlitzten geführt werden. Zwei solcher Geräte standen am Mittwoch zur Kreistagssitzung auf dem Tisch von Landrätin Michaele Sojka (Linke). Die ziemlich neu wirkenden Kugel-Stäbe sollten ironische Hiebe gegen die Kürzungs-Pläne von CDU, SPD und FDP sein. Denn die drei Kreistagsfraktionen streichen dem Landratsamt in diesem Jahr allein 50 000 Euro für die Anschaffung neuer Computertechnik. Ohne diese, so der feine Spott von Sojka, müssten ihre Beamten wohl oder übel zum alten Abakus greifen. Auch der Fraktionschef der Regionalen, Klaus Peter Liefländer (50), griff dieses Bild auf und reagierte mit Ironie und Sarkasmus auf die Streichliste der drei Fraktionen. Er ermunterte Union, Sozial- und Freie Demokraten, den Behörden-Mitarbeitern nur noch einfache Taschenrechner statt Computer auszuteilen. Auch könnten den Beamten doch gleich Fahrräder anstelle von Dienstfahrzeugen zur Verfügung gestellt werden. Womöglich sollten CDU, SPD und FDP die Kürzungen richtig ausweiten und sämtliche kulturelle Einrichtungen und den Flugplatz schließen und als Konsequenz auch den Kreistag abschaffen, kam der Fraktionschef nun richtig in Fahrt und erntete erste lautstarke Zwischenrufe aus den Reihen derer, die er aufs Korn nahm.

"CDU, SPD und FDP streichen die Ausgaben für eine externe Haushalts-Optimierung, würden danach aber als Erste die Zahlen der Verwaltung in Zweifel ziehen", erntete Liefländer die ersten Lacher. Als Koalitionäre in der Landesregierung würden CDU und SPD eine neue Stelle für einen Vizechef des Landesverwaltungsamtes Weimar schaffen, mit einem Monatsgehalt von über 7000 Euro. Im Altenburger Land streicht man dafür das Geld für die Ausbildung junger Leute im Landratsamt, wurde Liefländer nun richtig bissig. "Die Regionalen machen weiter nichts als Comedy", ärgerte sich darüber SPD-Fraktionschef Dirk Schwerd (37) über diese Vorwürfe. Sie konterkarieren mit dem Rasenmäher-Vorwurf die ernsthaften Bemühungen, den Haushalt einigermaßen in den Griff zu bekommen, sagte Schwerd. Es sei extrem billig und unredlich, dem Land Prasserei und ungenügende eigene Sparanstrengungen vorzuwerfen, schimpfte Sozialstaatssekretär Hartmut Schubert (53, SPD). Denn das Land streiche gleichfalls Stellen. Die gut dotierte Stelle eines neuen Vize-Präsidenten des Landesverwaltungsamts war allerdings auch dem CDU-Kreischef Uwe Melzer (52) bekannt. Er wusste aber von Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU), dass dieser Posten schnell wieder gestrichen werden soll.